

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P./XIX/164

Bonn, den 28. August 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>Darum sollte sich Herr Lücke doch kümmern</u> Zum Schwarzbuch des DGB über die "Weissen Kreise" Von Reinhard Scheele	68
2	<u>Menschliches Schicksal - nicht gefragt?</u> Wir und die 1000 entlassenen Häftlinge Ulbrichts	27
3	<u>Eine grosse Leistung des Roten Kreuzes</u> Die Heim- und Rückführung der Deutschen	43
4 - 6	<u>Einigkeit unter Afrikanern</u> Von Julius Eyerere, Präsident der Union von Tanganjika und Sansibar	118
6	<u>Fremdenlegion Kongo</u> Die Leute am Pulverfass Afrika	19

Darum sollte sich Herr Lücke doch kümmern

Zum Schwarzbuch des DGB über die "Weissen Kreise"

Von Reinhard Scheele

"Gar nicht um kümmern", sagen die Hamburger, wenn ihnen unangenehme Dinge zustossen. "Gar nicht um kümmern", scheint auch Wohnungsbauminister Lücke zu sagen, wenn vom Schwarzbuch des Deutschen Gewerkschaftsbundes über die "Weissen Kreise" die Rede ist. Dass der Minister in dieser Haltung von den Haus- und Grundbesitzerverbänden unterstützt wird, ist beinahe selbstverständlich. Dass er von einer Teil der westdeutschen Wirtschaftskommentatoren, denen die sogenannte Liberalisierung des Wohnungsmarktes sowieso nicht schnell und nicht radikal genug vorangetrieben werden kann, mit Durchhalte-Appellen bedacht wird, nimmt ebensowenig wunder. Sie alle, die handfeste und einseitige Interessen vertreten, wollen uns so neberbei glauben machen, dass sich der Abbau der Wohnraum-Bewirtschaftung bisher fast geräuschlos und ohne nennenswerte Auswüchse vollzogen hat.

Stören müssen dieses Bild des Friedens und der Eintracht zwangsläufig alle Meldungen und Erhebungen, die über einen gar nicht so reibungslosen Ablauf bei der Liberalisierung des Wohnungsmarktes zu berichten wissen, die vielmehr von ganz beachtlichen Kündigungsziffern und ungerechtfertigten Mieterhöhungen sprechen.

Glauht man, die Mahnungen und Warnungen des Deutschen Mieterbundes mehr und mehr ignorieren zu können, so hat doch jüngst das Schwarzbuch des Deutschen Gewerkschaftsbundes einige Aufmerksamkeit erregt. Der DGB veröffentlichte Zahlen, die auf Grund der Erhebungsmethode zwar nicht repräsentativ sein können und es daher auch gar nicht sein wollen, die aber zumindest anen lassen, dass in den Großstädten und industriellen Ballungsgebieten mit erheblichen Reibungen bei der Aufhebung der Wohnraum-Bewirtschaftung zu rechnen ist, wenn der Lücke-Fahrplan weiterhin so schematisch eingehalten wird wie bisher.

Doch gerade darum geht es dem Bundeswohnungsminister sowie einem Teil der Haus- und Grundbesitzer. Zahlen, die den Fahrplan gefährden könnten, werden bagatellisiert oder als Übertrieben hingestellt. Die Seriosität der Erhebungen wird angezweifelt, und letztlich scheint man sich nicht, durch Verkenntung der Tatsachen und durch Falschinterpretation des Zahlenmaterials der Öffentlichkeit ein falsches Bild zu vermitteln. Hierzu nur einige Kostproben:

- * Unbeeirrt hält der Wohnungsbauminister an seiner Annahme fest,
- * dass bisher nur 1 bis 1,5 % der möglichen Kündigungen ausgesprochen wurden. Diese Zahlen dürften stark untertrieben sein;
- * dennoch - unterstellt, sie seien richtig - sind bis jetzt immerhin rund 30 000 Familien - also etwa 100 000 Menschen - betroffen. Wie sagte doch Minister Lücke?: Niemand soll unter die Räder kommen!

Beschwichtigend wird erklärt, zahlreiche Kündigungen seien nur ausgesprochen worden, um eine höhere Miete durchzusetzen. Das mag stimmen; doch sollte man hinzufügen, dass in vielen Fällen die erhöhte Miete schon verlangt wird, wenn das gesetzlich noch gar nicht zulässig ist. Unter der Kündigungsandrohung zahlen die meisten Mieter stillschweigend den höheren Preis. Bei einem solchen Verhalten müssen wir leider an das Wort "E r p r e s s u n g" denken. Hatte nicht Bundesminister Lücke den Begriff von der P a r t n e r s c h a f t zwischen Mieter und Vermieter geprägt?

Nicht der Hang zur Schwarzmalerei, sondern die Verpflichtung, die berechtigten Interessen seiner Mitglieder - vornehmlich Mieter - wahrzunehmen, hat den DGB veranlasst, sein Schwarzbuch herauszubringen. Wenn auch die Zahlen nicht repräsentativ sind, worauf hingewiesen ist, so wurden sie dennoch mit seriösen Methoden ermittelt. Mit Verniedlichung oder gar Ignorierung wird man dieser Dokumentation nicht gerecht. Es lohnt sich schon, sich mit diesen Zahlen zu befassen. Wenn sie dem Bundeswohnungsminister nicht ausreichend sind, so wäre es doch gerade seine Aufgabe, sich mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln ein genaues Bild über die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt seit Inkrafttreten des nach ihm bekannten Gesetzes zu verschaffen. Fehlte ihm hierzu bisher der letzte Anstoß, so mag die in dieser Sache eingebrachte kleine Anfrage der Sozialdemokraten dazu dienen. Unseres Wissens ist Herr Lücke kein Hamburger. Er sollte sich also getrost um diese Dinge kümmern.

+ + +

Menschliches Schicksal - nicht gefragt?

sp - Die aus den Zuchthäusern und Gefängnissen Ulbrichts nach vielen Jahren in die Freiheit entlassenen Häftlinge müssen einen bitteren Geschmack im Munde spüren, wenn sie in den Zeitungen der Bundesrepublik Meldungen oder Kommentare über ihre Freilassung lesen. Fast alle Meldungen wirken kalt und "geschäftsordnungsmässig". Die Kommentare erschöpfen sich in Vermutungen, Kombinationen und Fragen, warum Ulbricht wohl die vorzeitige Entlassung von so vielen politischen Häftlingen verfügt haben mag. Das politische Kalkül steht bei Betrachtungen zu diesem Thema an erster Stelle. Der m e n s c h l i c h e Aspekt des Ereignisses, das mehr als tausend Menschen neues Leben in Freiheit schenkt, wird kaum erwähnt.

Haben wir das Empfinden für menschliche Tragik und Freude verloren? Oder spricht es uns nur an, wenn Fernsehkameras auf das "Objekt" gerichtet werden?

Wir haben keine Ursache, dem Diktator der Sowjetzone Komplimente zu machen; wissen wir doch nur zu gut, dass für ihn auch das Schicksal von einigen Tausenden politischer Häftlinge ein Politikum ist, das er berechnend in seine Überlegungen einsetzt. Aber müssen wir das mitmachen, müssen auch wir gleich spekulieren und rechnen, warum sich der Mann in Pankow so oder so verhält? Müsste nicht für uns im Vordergrund das Schicksal der M e n s c h e n stehen, von denen sicher viele nicht mehr gerechnet haben, jemals wieder in die Freiheit zu kommen.

Es scheint so, als ob viele unter uns nicht mehr fähig sind, menschliches Schicksal z u e r s t zu sehen, wenn menschliches Schicksal auf dem Spiele steht.

+ + +

Eine grosse Leistung des Roten Kreuzes

Die Heim- und Rückführung der Deutschen

sp - Aus Anlass des hundertjährigen Bestehens der "Genfer Konvention" dürfte es angebracht sein, darauf hinzuweisen, was die deutsche Rotkreuz-Organisation in den vergangenen Jahren für die Heimführung der Deutschen, vor allem aus dem Osten, in die Bundesrepublik auf der Grundlage humanitärer Rotkreuz-Bestimmungen getan hat.

60 - 70 000 seit Errichtung der Mauer

Seit Errichtung der Berliner Mauer sind 60 000 - 70 000 Deutsche aus der sowjetisch besetzten Zone unter Einschaltung der Rotkreuz-Gesellschaften der Bundesrepublik und der SBZ nach Westdeutschland übersiedelt. Über 90 Prozent des gesamten Personenkreises war zwar über 65 Jahre alt; es wurde diesen Menschen aber die Möglichkeit gegeben, den Lebensabend bei ihren Angehörigen zu verbringen. Bisher untersagt die Regierung in Pankow arbeitsfähigen und gesunden Menschen noch die Heimkehr zu ihren Familien in die Bundesrepublik.

510 000 Deutsche kamen aus Ostblock-Ländern

Der Suchdienst und die Registrierung von Deutschen, vor allem in den Ostblock-Ländern, durch das Deutsche Rote Kreuz ist von überaus grosser Bedeutung. Nach den Schätzungen des DRK leben noch heute in den Ostblockstaaten rund 1,7 Millionen Deutsche, wovon 0,5 Millionen in Übereinstimmung mit den Rotkreuz-Bestimmungen bei den dortigen Behörden ihre Aussiedlung in die Bundesrepublik beantragt haben. Vermutlich wird es möglich sein, zumindest noch 200 000 Deutschen die Rückkehr in die Bundesrepublik zu ermöglichen, weil dort ihre Familien leben. Seit 1950 sind bereits 510 000 Menschen aus dem Ostblock in die Bundesrepublik ausgesiedelt worden. Noch heute ist in guter Erinnerung, wie korrekt die Polen 280 000 Deutsche aus der unter polnischer Verwaltung stehenden Deutschen Gebieten in die Bundesrepublik ausreisen liessen.

Neue Aufgaben

Auch die Erörterung über die Frage, ob Polen bereit sein könnte, 150 000 Deutsche in die Ostzone umzusiedeln, muss aus dem Gesichtspunkt der humanitären Bestrebungen des Roten Kreuzes gesehen werden. Von der politischen Seite her könnte man verstehen, wenn diese Menschen sofort in die Bundesrepublik möchten. Aber unter dem Gesichtspunkt der Familienzusammenführung ist es so, dass ihre Familien nun einmal in der Zone leben. Man weiss, dass die Konsulate der SBZ in Polen für eine freiwillige Umsiedlung in die Zone werben. Man weiss auch, dass die Umsiedlungswilligen beim Roten Kreuz anfragten, ob sie mit den Pässen der Zone weiter in die Bundesrepublik reisen könnten. Das ist, jedenfalls vorerst nicht möglich, könnte aber denkbar werden, wenn das Heimatrecht und das Umsiedlungsrecht unter den humanitären Aspekten der internationalen Rotkreuz-Bestimmungen ausgeweitet würde.

Einigkeit unter Afrikanern

Von Julius Nyerere,

Präsident der Union von Tansanjika und Sansibar

Die Kolonialherrschaft, unter der wir gelitten haben, neigt sich ihrem Ende zu. Sie ist aber noch nicht in allen Ländern Afrikas beseitigt worden. Der Imperialismus regiert noch über die Völker von Rhodesien, Angola, Mozambique, Südwest-Afrika und andere kleinere Gebiete wie Spanisch-Guinea, Portugiesisch-Guinea, Spanisch-Sahara usw. Diese Kolonialherrschaft muss abgeschafft werden, denn dafür ist im Afrika von heute kein Platz.

Wir können uns auch nicht ruhig verhalten, während unsere Brüder in Südafrika weiterhin Opfer einer brutalen Unterdrückung sind. Wir werden den dort vorhandenen Rassenhass und die Verweigerung der Menschenrechte nicht dulden. Wir werden nicht eher ruhen, bis dieser Zustand beseitigt ist und die Regierung von Südafrika durch eine Körperschaft ersetzt wird, die die Bevölkerung dieses Landes ungeachtet ihrer Hautfarbe vertritt.

Niemand, wo immer er lebt, kann sich bei dieser Streitfrage neutral verhalten. Die Hauptlast des Kampfes wird unvermeidlich von unseren Brüdern in diesem unglücklichen Land getragen, aber wir zweifeln nicht im geringsten daran, dass ihnen ein wirksames Handelsembargo und ein diplomatischer Boykott eine grosse Hilfe bei der Überwindung der gegenwärtigen Tyrannei bedeuten würde. Jedoch gibt es noch viele Länder, die, obgleich sie zur Unterstützung der Sache der Freiheit und Gleichheit aufrufen, in der Praxis unsere gesamten Bemühungen in dieser Hinsicht sabotieren.

Wir müssen den Kampf sämtlicher Länder in Asien und Afrika, die noch nicht in Freiheit leben, uneingeschränkt unterstützen. Weder sie noch wir dürfen an dem Resultat dieses Kampfes zweifeln. Die Kräfte der Kolonialherrschaft sind im Rückzug begriffen; unsere Aufgabe besteht nun darin, diesen zu beschleunigen, sie aus den noch verbliebenen Stützpunkten zu vertreiben und einen Gegenangriff zu verhindern.

Wir müssen noch auf der Hut sein. Man stellt die Frage, wer in Afrika die Kontrolle ausüben sollte. Nachdem wir aus der ersten Phase des Kampfes um Afrika mit Erfolg hervorgegangen sind, beginnt nun die zweite Phase dieses Kampfes. Das Ergebnis dieser Entwicklung hängt von uns selbst ab, und zwar davon, ob wir es uns erlauben können, die Marionetten anderer Leute oder Gefangene der Parolen unseres Befreiungskampfes vom Kolonialismus zu werden. Ausländische Mächte können sich unserer bedienen, sie können uns gegeneinander ausspielen, jedoch nur, wenn wir es zulassen. Die Zukunft Afrikas und Asiens hängt von der Einheit ab, von unserem Zusammenhalten als freie Völker. Hier liegt unsere Verantwortung.

Die Aufrechterhaltung dieser Einheit ist unser oberstes Gebot, dass niemand aus unseren Reihen versucht, das zu tun, was wir gerade den Imperialisten vorwerfen. Unser wichtigster Schutz gegen den neuen

Imperialismus und unser grösster Vorteil im Kampf um den wirtschaftlichen Aufstieg sind in dem Augenblick gefährdet, in dem wir uns in die inneren Angelegenheiten eines anderen freien Landes einmischen, Intrigen mit Splittergruppen anfangen und versuchen, Marionettenregierungen zu errichten, die wir manipulieren können.

Meinungsverschiedenheiten, Streit oder Missverständnisse untereinander müssen besprochen und so beigelegt werden, wie Familienmitglieder solche Angelegenheiten regeln - privat und auf der Grundlage der Einheit.

Wir müssen nun dem Problem der Wechselbeziehungen der Staaten Afrikas und Asiens unsere Aufmerksamkeit widmen. Es ist zu einfach, die Kolonialisten anzugreifen und es dabei zu belassen: jedes Schulkind kann das tun. Wir müssen verhindern, dass sich das Problem des Kolonialismus zu einer fixen Idee entwickelt, wie es bei einigen von uns der Fall zu sein scheint. Wir müssen darauf achten, dass Aussenstehende keine Gelegenheit haben, sich unsere Differenzen zunutze zu machen; eines aber ist gewiss: Wir tragen durch öffentliche Angriffe gegeneinander nicht dazu bei, die für uns notwendige und wünschenswerte Einheit zu erlangen. Wir geben damit nur denen Anlass, sich zu freuen, die uns zu bevormunden wünschen.

Wir haben auf unterschiedlichen Wegen die Unabhängigkeit erlangt, und wahrscheinlich werden wir verschiedene Wege einschlagen, um wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand zu erreichen. Aber um dieses Ziel zu verwirklichen, haben wir ein gemeinsames Anliegen: Einheit und nochmals Einheit. Wir müssen der Versuchung widerstehen, als genüge es, einem neuen Vorschlag oder einer Meinungsverschiedenheit mit der Bezeichnung "kommunistisch" oder "imperialistisch" zu begeben.

Eines der grundsätzlichen Ziele unseres Unabhängigkeitskampfes war und ist das Recht, selbständig zu denken und zu handeln. Uns liegt nichts daran, einer oft langen und erbitterten Freiheitskampfe führen zu müssen, um danach wie die Duxnen auf die Ausserung einer westlichen oder östlichen Macht zu warten und diese dann automatisch nachzuahmen oder das Gegenteil zu vertreten. Wir müssen uns selbst die Achtung entgegenbringen, die wir von anderen fordern, d.h. wir müssen Argumente mit Vernunft beantworten.

Ich habe gesagt, dass die einzelnen Länder Afrikas und Asiens unser gemeinsames wirtschaftliches Ziel auf verschiedenen Wegen erreichen werden. Die meisten von uns glauben, dass nur durch eine Art sozialistischer Organisation die Armut, die auf Millionen Menschen unseres Volkes lastet, überwunden werden kann. Wir alle versuchen - mit mehr oder weniger Erfolg -, eine klassenlose Gesellschaft in unserem eigenen Land zu schaffen. Warum? Und welche Beziehung hat diese Tatsache zur Einigkeit?

Aus einem besonderen Grunde streben wir nach einer klassenlosen Gesellschaft. Kein Staat verfügt über so grossen Reichtum, dass er dem Wunsch des Einzelnen nach Macht und Prestige nachkommen kann. Wenn Reichtum seinen Sinn verliert - was die Beseitigung der Armut bedeutet -, entwickelt sich ein erbarmungsloser Konkurrenzkampf; jeder versucht, mehr Reichtum zu erlangen, ganz einfach aus dem Grunde,

weil er dadurch mehr Macht und Prestige als sein Mitmensch besitzt. Reichtum wird dann ein Instrument der Herrschaft, er dient zur Erniedrigung anderer Völker.

Der Sozialismus lehnt grundsätzlich diesen Gebrauch des Reichtums ab. Ein unlegbarer Erfolg der sozialistischen Lehre ist, dass heute soziale Gerechtigkeit ein fast überall akzeptiertes Ziel ist. Selbst kapitalistische Regierungen führen in ihren eigenen Land für ihr eigenes Volk Massnahmen durch, die man in der vorhergehenden Generation oder sogar vor zehn Jahren als revolutionär betrachtet hätte.

Vom internationalen Gesichtspunkt aus ist das Bild ganz anders. Die Einteilung in Klassen wird häufiger. Es gibt jetzt nicht nur reiche kapitalistische und arme kapitalistische Länder, es gibt auch reiche sozialistische und arme sozialistische Länder. Ferner bin ich der Auffassung, dass die sozialistischen Länder, die in der grossen Völkergemeinschaft als "Einzelne" angesehen werden, manchmal das gleiche Verbrechen begehen wie vorher die Kapitalisten. Sie benutzen den Reichtum für kapitalistische Zwecke, nämlich für die Erwerbung von Macht und Prestige.

Die zukünftige Teilung der Welt wird eine Teilung in Klassen sein. Und wenn wir jetzt nicht in Übereinstimmung mit unseren sozialistischen Überzeugungen zu handeln beginnen, werden wir herausfinden, dass es eine Teilung in kapitalistische und sozialistische Länder auf beiden Seiten dieser Trennungslinie sein wird.

Copyright:

WELTWEITE PARTNERSCHAFT

+ + +

Fremdenlegion Kongo

Die Lunte am Pulverfass Afrika

89 - Es wird immer deutlicher, dass die Nachrichten über die Bildung einer Fremdenlegion im Kongo zutreffen. Regierungschef Tschombe scheint ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung zu haben, um weissen und schwarzen SS-Offizieren der kongolischen Fremdenlegion Monatsbezüge von 3 bis 5 000 DM zahlen zu können. Abenteurer aus allen Teilen der Welt finden sich bei Tschombe ein; besonders aus der südafrikanischen Union, wo Landsknechte aller Nationalitäten nach Beendigung des Algerienkrieges Unterschlupf gefunden haben. Neuerdings soll es sogar eine Flugverbindung zwischen einem südamerikanischen Staat und dem Kongo geben, die besonders von ehemaligen deutschen SS-Leuten benutzt wird. Schon haben zahlreiche afrikanische Staaten gegen die Bildung einer kongolischen Fremdenlegion Protest erhoben. Wenn sich jetzt noch herausstellen sollte, dass die Regierung der südafrikanischen Union die Entsendung von SS-Offizieren nach dem Kongo begünstigt, kann man sich ungefähr ausrechnen, wann die übrigen afrikanischen Staaten mit einer grossen und über den ganzen afrikanischen Kontinent koordinierten Aktion gegen den Kongo beginnen werden.

+ + +